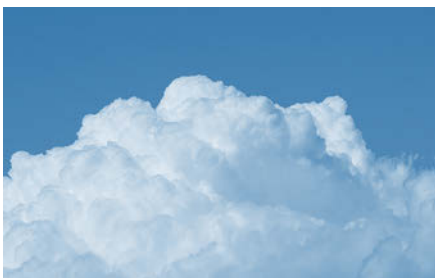


► **S2** **IM INTERVIEW: Daniela Kuzu, Referentin des Managerkreises** Das Thema Menschenrechte zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben der Politikwissenschaftlerin.

► **S5** **Mehr Schienenverkehr für besseres Klima** Bahnchef Lutz will mehr Reisende für die Schiene begeistern.

► **S15** **Effiziente Verwaltung als Zukunftsaufgabe** Sachsens Verwaltung ist noch nicht digital genug.

► **S6** **Erfolgreiche Umweltpolitik durch Dialog** Umweltpolitik muss soziale und ökonomische Aspekte im Blick haben.



► **S10** **Vor dem Träumen kommt das Bauen** Mit einem Masterplan 2040 will die Flughafenleitung den BER massiv erweitern.



► **S12** **Visionen für den Flughafen Köln-Bonn** Der Luftverkehr spürt den Konkurrenzdruck durch die Bahn.



► **S14** **Chinas „Neue Seidenstraße“ und Hamburgs Chancen** China soll europäische Regularien sowie Umwelt- und Arbeitsstandards einhalten.



► **S15** **Den Gründergeist in NRW wecken** Gründer_innen setzen auf Digitalisierung und Vernetzungen.

► **S15** **Alles Gute für die Gesundheit!** Vivantes-Chefin Grebe war zu Gast beim Wirtschaftsfrühstück für Frauen.

► **S8** **Jung, weiblich und brandenburgisch** Der Managerkreis Berlin-Brandenburg hat einen neuen Vorstand gewählt.

► **S11** **Digitales Musterland Rheinland-Pfalz** treibt die Digitalisierung voran.



► **S16** **Terminvorschau**



IM INTERVIEW: Daniela Kuzu, Referentin des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

Daniela Kuzu studierte Politikwissenschaften und Internationales Recht in Marburg und Berlin sowie Konfliktmanagement in England. Sie arbeitet seit 2006 für die Friedrich-Ebert-Stiftung, war Referentin für Menschenrechte in der Zentrale, über 5 Jahre Landesvertreterin in Ghana und drei Jahre stellvertretende Büroleiterin in Istanbul. Seit August 2018 ist Daniela Kuzu als Referentin des Managerkreises für diverse Gremien, AGs und Regionalkreise zuständig. Sie wohnt mit ihrem Mann und den beiden Kindern in Brandenburg auf dem Land.

Haben Sie sich inzwischen an Ihrem neuen Arbeitsplatz eingelebt?

Ich bin sehr herzlich empfangen worden. Das hat es mir um einiges einfacher gemacht, anzukommen. Nach neun Jahren im Ausland ist es eine gewisse Umstellung, wieder in Deutschland zu sein. Es hat sich einiges verändert. Das Auffallendste war die AfD. Wir haben die Entwicklung natürlich im Ausland verfolgt: Als sich die AfD 2013 gegründet hat, in

die verschiedenen Landtage und schließlich in den Bundestag eingezogen ist. Aber das dann hautnah mitzerleben, ist doch etwas anderes. Ich finde, der politische Ton ist rauer geworden und die Politikverdrossenheit hat zugenommen. Und das erfüllt mich mit Sorge.

Sie haben Politikwissenschaften studiert. Woher kommt Ihr Interesse für Politik?

Ich habe bereits in meiner Jugend angefangen, mich für Politik zu interessieren. Sozialkunde war mein Lieblingsfach in der Schule – neben Geschichte und Geografie. Ich bin mit 14 Jahren ins Jugendparlament der Stadt eingetreten, war Schulsprecherin und später Kreisschulsprecherin. Mein Spitzname in der Schule war „Frau Bundeskanzlerin“. Von da an stand mein Berufswunsch fest. Ich bin gleich nach dem Abitur nach Marburg gegangen, um Politik mit Schwerpunkt Internationales Recht zu studieren. Nach dem Vordiplom wollte ich unbedingt nach Berlin – dorthin, wo die politische Bühne ist. Ich habe dann an der Freien Universität weiter-

studiert und dort meinen Abschluss gemacht. Danach bin ich nach England gegangen und habe Konfliktmanagement studiert.

Hatten Sie nie Lust, selber in die Politik zu gehen?

Nein. Ich habe als studentische Hilfskraft im Bundestag gearbeitet und da habe ich gesehen, wie die Prozesse dort laufen und mir wurde schnell klar, dass man ein sehr dickes Fell und gute Nerven braucht. Beides habe ich teilweise auch, aber ich bin hier bei der Stiftung besser aufgehoben.

Ihre berufliche Laufbahn ist schon sehr lange und sehr eng mit der Friedrich-Ebert-Stiftung verknüpft. Wie kam es dazu?

Im Hauptstudium habe ich mich für ein Stipendium bei der Friedrich-Ebert-Stiftung beworben und es hat geklappt. Dafür war und bin ich sehr dankbar. Ich komme aus einer klassischen Arbeiterfamilie und da war das Geld immer knapp. Die Stiftung hat mich durch das Studium getragen und hat mir die Möglichkeit gegeben, nebenbei Praktika und studentische Hilfsjobs in der Politik anzunehmen. Später habe ich mich erkundigt, ob es Möglichkeiten gibt, in der Stiftung zu arbeiten. Ich habe mich für das Traineeprogramm beworben und eine Stelle im Asien-Referat bekommen. Danach war ich drei Jahre Referentin für Menschenrechte, bevor man mir die Büroleitung in Ghana angeboten hat.

War es Ihr Wunsch, ins Ausland zu gehen?

Ja, ich habe mir gewünscht, eine Tätigkeit im Ausland aufzunehmen. Ich musste das allerdings erst mit meiner Familie klären. Ich hatte inzwischen Mann und Kind. Ich glaube, wir haben 30 Sekunden überlegt und dann zugesagt.

Wie würden Sie Ihre Jahre in Ghana kurz beschreiben? Was hat Sie am meisten beeindruckt?

Ghana hat eine unglaublich lebendige Zivilgesellschaft – zum Teil etwas wüst, aber unglaublich leidenschaftlich, wenn es darum geht, politische Prozesse zu beeinflussen und die Gesellschaft zu formen. Es hat wirklich Spaß gemacht, mit den vielen unterschiedlichen Gruppen – sei es Frauenorganisationen, Jugendorganisationen oder Gewerkschaften – zusammenzuarbeiten. Ich hatte den Vorteil, dass ich zu einer Zeit da war, als es eine sozialdemokratische Regierung gab und der Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern, einschließlich des Präsidenten, sehr gut war. Wir konnten viele tolle Projekte für Nichtregierungsorganisationen initiieren, haben aber auch die ghanaische Regierung beraten und unterstützt.

Nach Ghana ging es direkt weiter nach Istanbul, wo Sie drei Jahre stellvertretende Büroleiterin waren. Wie gut konnten Sie „umschalten“?

Wir konnten sehr gut umschalten, weil mein Mann Istanbul ist und meine Schwiegerfamilie dort lebt. Es war also, als ob wir in unsere zweite Heimat kamen. Der Abschied von Ghana fiel natürlich schwer, aber die Freude, in Istanbul zu leben und für die FES dort zu arbeiten, war extrem groß und wir haben uns sehr schnell eingelebt. Leider ging es einen Monat nach unserer Ankunft mit den Anschlägen los und die Sicherheitslage wurde sukzessive immer schlimmer. Das war streckenweise nicht einfach – weder für die Familie noch für die Arbeit. Mir lag die Zusammenarbeit mit kleineren Menschenrechtsorganisationen, insbesondere mit LGBTI-Organisationen, sehr am Herzen. Sexuelle Minderheiten haben in der Türkei sehr zu leiden. Besonders prekär ist die Situation von LGBTI-Flüchtlingen. Das war eine sehr herausfordernde und mitunter sehr emotionale Tätigkeit.

Das Thema Menschenrechte zieht sich wie ein roter Faden durch Ihr Leben.

Ja, das stimmt. In meiner Jugend habe ich angefangen, mich sehr stark für Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager zu engagieren. Ich habe Jugendcamps mitorganisiert, durchgeführt und später Führungen gegeben. Außerdem habe ich über Buchenwald und Sachsenhausen geforscht und zwei Dokumentarfilme über Völkermord und KZ gedreht. Bis heute beschäftige ich mich mit diesen Themen.

Nach vielen Jahren im Ausland für die FES sind Sie zum Managerkreis gewechselt. Inwieweit können Sie ihre Auslandserfahrungen bei Ihrer neuen Tätigkeit in Berlin mit einbringen?

In Ghana habe ich zu den Themen Arbeit und Soziales und wirtschaftliche Transformationsprozesse gearbeitet. Das sind Themen, die auch für den Managerkreis relevant sind. Allerdings ist es für mich etwas vollkommen Neues, in einer nationalen Abteilung zu nationalen Themen zu arbeiten. Deutsche Wirtschaftspolitik ist was komplett anderes als wirtschaftliche Transformationsprozesse in Entwicklungsländern. Dort diskutiert man eher über die Basics, also darüber, wie man Wirtschaft ansiedeln kann, welche Infrastruktur sie braucht, wie man die Stromversorgung regeln kann. In Deutschland geht es um Industrie 4.0, Digitalisierung und Erneuerbare Energien. Ich finde es sehr spannend, mich in neue wirtschaftspolitische Themenfelder einzuarbeiten.

Gibt es Themenfelder, die Sie besonders in den Fokus rücken möchten?

Das ist zum einen das Thema Digitalisierung. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Mein Mann ist selbstständiger Gitarrenbauer und konnte in Istanbul innerhalb von 24 Stunden online ein Unternehmen gründen – mit Gewerbeanmeldung und Anmeldung beim Finanzamt. Wenn ich daran denke, wie lange es nach unserem Umzug nach Deutschland gedauert hat, ein Gewerbe anzumelden, kommt immer noch der Ärger hoch. Wieso funktioniert das in einem so hochentwickelten Land wie Deutschland nicht? Warum sind die Hürden für die Digitalisierung hier so hoch? Mit diesen Fragen würde ich mich gerne befassen. Ich finde auch das Thema ländliche Entwicklung sehr wichtig. Es wird viel über Ballungsgebiete, Wirtschaftszentren oder Metropolregionen gesprochen. Über den ländlichen Raum diskutiert kaum jemand, etwa über eine ausreichende Anbindung an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr oder über eine bessere Versorgung mit schnellem Internet. Ich selber wohne auf dem Land und es gibt immer mehr Familien, die die großen Städte verlassen. Bei uns im Dorf gibt es seit vier Jahren mehr Zuzug als Wegzug.

Dennoch droht der ländliche Raum abgehängt zu werden. Dabei hat er großes Potenzial, Leute anzuziehen, vor allem jetzt, wo Wohnraum in den Metropolen knapp und teuer ist.

Welchen Politiker hätten Sie persönlich gerne einmal zu Gast bei einer Podiumsdiskussion oder einer anderen Veranstaltung des Managerkreises?

Ich würde jemanden, der früher politisch aktiv und sehr einflussreich war, mit jemanden zusammenbringen, der heute sehr einflussreich ist. Ich würde die beiden in einem Streitgespräch über Vergangenheit und Zukunft diskutieren lassen – ohne Moderation.

Wie finden Sie Entspannung?

Ich habe viele Hobbys. Ich schneidere, schreibe Kinderbücher und zeichne. Ich mag es, kreativ zu sein. Die Arbeit mit den Händen ist für mich ein guter Ausgleich zur Kopfarbeit. Ich brauche das, um abzuschalten. Außerdem kann man die Familie gut mit einbeziehen. Das erste Kinderbuch habe ich zusammen mit meiner großen Tochter konzipiert. Sie war meine Ideengeberin und Qualitätsmanagerin.

Mehr Schienenverkehr für besseres Klima

Jeden Tag legen die Deutschen gut 3,2 Milliarden Kilometer zurück. Pro Person sind das täglich 39 Kilometer – Tendenz steigend. Auch wenn der öffentliche Verkehr mit Bussen und Bahnen langsam aufholt, bevorzugen die meisten immer noch das Auto.

Managerkreis Steering-Komitee

Knapp 60 Prozent des deutschen Verkehrsaufkommens entfällt auf das Auto. In ländlichen Regionen ist dieser Wert sogar noch größer. Für nur zehn Prozent der Wege benutzen die Deutschen öffentliche Busse und Bahnen. Vor allem für Pendler_innen ist das Auto nach wie vor die erste Wahl, um täglich lange Strecken zur Arbeit zurückzulegen. Alles in allem ist der deutsche Verkehrssektor seinen Beitrag zum Erreichen der nationalen Klimaziele weitgehend schuldig geblieben.

Richard Lutz, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, war am 6. September 2018 beim Steering-Komitee zu Gast. In einem Hintergrundgespräch plädierte er dafür, den Großteil des Verkehrs auf die Schiene zu verlagern. Allerdings steht die Bahn noch vor großen Herausforderungen, um dieses Ziel zu erreichen. Neben der Attraktivität des Schienenverkehrs müs-



► Richard Lutz

sen auch die Kapazitäten der Bahn dringend gesteigert werden. Nicht nur der Ausbau des Schienennetzes, für welchen der Bund die Verantwortung trägt, sondern auch der Erhalt der bestehenden Infrastruktur müssen im Fokus stehen.

Trotzdem in den vergangenen Jahren das Streckennetz sukzessive erweitert wurde, stellt sich die Frage, wie die Bahn zusätzliche Kapazitäten in Bezug auf die Infrastruktur schaffen kann. Richard Lutz hält es für machbar, dass durch technische Aufrüstung des Netzes 20 Prozent mehr Züge fahren können. Der Bund hat bereits seine Bereitschaft erklärt, hier zu investieren. Aufgabe der Deutschen Bahn AG sei es, schnell neue Fahrzeuge bereitzustellen.

Um mehr Reisende für die Schiene zu begeistern und die Straßen stärker zu entlasten, muss Zuverlässigkeit und Pünkt-

lichkeit für die Bahn an oberster Stelle stehen. Der Bahnchef erklärte, dass das größte Problem in Sachen Pünktlichkeit die überlasteten Bahnhöfe und Strecken sind. Auch der Fachkräftemangel ist im Bahnkonzern spürbar. Hier ist es dringend notwendig, mittelfristig Abhilfe zu schaffen und Kapazitäten zu steigern.

Die Diskussionen über den Klimawandel haben unter anderem dazu geführt, dass sich die Politik mehr Schienenverkehr wünscht. Auch das Umweltbewusstsein vieler Menschen nimmt zu und die Nachfrage nach mehr Schienenverkehr sowohl für Personen als auch Güter steigt an. Nach Meinung von Richard Lutz herrscht damit ein „gutes Klima“ für mehr Bewegung auf den Schienen. Deshalb müssen jetzt umfassende strategische Entscheidungen getroffen werden, um die „Weichen für die Zukunft“ richtig zu stellen.

Effiziente Verwaltung als Zukunftsaufgabe

Am 7. September 2018 fand in Dresden das zweite Hintergrundgespräch zum Positionspapier „Mitteldeutschland im Fokus“ mit dem Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Martin Dulig statt.

Managerkreis Mitteldeutschland

Das Gespräch wurde anfangs von den Ereignissen in Chemnitz am 26. August 2018 überschattet. Martin Dulig stellte klar, dass das, was in Chemnitz geschehen ist, ein falsches Bild von Sachsen vermittelt und klare Kante gegen rechte Gewalt gezeigt werden muss. Es gibt immer mehr Familien in Sachsen, denen diese Ereignisse Angst machen und die sich deshalb überlegen, aus dem Bundesland wegzuziehen. Wirtschaftlich gesehen wäre dies ein großer Verlust. Es ist demnach umso wichtiger, die Zivilgesellschaft zu stärken, um der rechten Gewalt etwas entgegenzusetzen. Menschen, die sich bürgerschaftlich gegen solche Tendenzen engagieren wollen, suchen händeringend nach einer Plattform, um sich einzubringen.

Catrin Glücksmann, Leiterin des Bereichs Unternehmenskommunikation bei Envia Mitteldeutsche Energie AG, sagte deutlich, dass regional ansässige Unternehmen Extremismus, Hass und Hetze ganz entschieden entgegenreten müssen. Der Energieversorger hat in einem Schreiben an alle Mitarbeiter_innen deutlich gemacht, dass rechtes Gedankengut im Unternehmen nicht geduldet wird. „Chemnitz ist weder grau

noch braun!“, betonte Glücksmann. Sie forderte klare Signale von der Politik und mehr Sichtbarkeit der Polizei.

Nach dem Gedankenaustausch zu den Ereignissen in Chemnitz sprach Martin Dulig über die Herausforderungen der Verwaltung im Freistaat Sachsen. Das Bundesland habe vor allem bei der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen noch Nachholbedarf. Das größte Problem sei, dass eine Industrie 4.0 einer Verwaltung 0.5 gegenübersteht. Es ist viel im Gange und es gibt noch viel zu tun, so der Minister. Um die Verwaltung zukunftsfähig zu machen, sind enorme Anstrengungen in den Bereichen Ausbildung, Weiterbildung, Optimierung von Verwaltungsabläufen und vor allem Digitalisierung dringend notwendig. Der Freistaat Sachsen habe bereits erste wichtige Schritte unternommen, die gesamte Verwaltung digital umzustellen und seine Mitarbeiter_innen entsprechend zu schulen. Weitere Schritte müssen folgen.



Erfolgreiche Umweltpolitik durch Dialog

Klimaschutz und Ressourcenpolitik sind die Themen der Zukunft. Am 4. Juli 2018 lud der Managerkreis zu einer Podiumsdiskussion nach Berlin ein, um mit der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze und weiteren Expert_innen über Erfolge und Misserfolge der Umwelt- und Klimapolitik zu diskutieren.

Managerkreis Energie und Umwelt

Nach der Begrüßung durch Beate Kummer, Mitglied im Managerkreisvorstand, leitete Svenja Schulze mit einem Impulsvortrag in die gemeinsame Diskussion über. Die Ministerin betonte vor allem die Erfolge der bisherigen deutschen Umweltpolitik, stellte aber auch gegenwärtige Herausforderungen heraus. Grundsätzlich griff sie dabei die Bedeutung Deutschlands als Industrienation auf und machte deutlich, dass die Umweltpolitik hier als Innovationstreiber begriffen werden sollte. Die Wachstumszahlen in der GreenTech-Branche zeigten beispielsweise, dass auch die Zukunft Deutschlands als moderne Industrienation von einer innovativen Umweltpolitik abhängt. Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik müsse, so Svenja Schulze, in einem Dreiklang aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung agieren. Dafür sei vor allem ein ernsthafter Dialog wichtig, der verschiedene gesellschaftliche Positionen abbilde.

Ein solcher Dialog wurde im Anschluss unter der Moderation von Beate Kummer und Andreas Kuhlmann, Hauptgeschäftsführer der DENA, geführt. Auf dem Podium wurden weitere Gäste begrüßt: Gitta Egbers von der BASF Polyurethanes GmbH, Helmut Maurer von der Europäischen Kommission und Mario Schmidt von der Hochschule Pforzheim. Zu Beginn der Diskussion wurden die Podiumsgäste gebeten, ihren Standpunkt zu erläutern. Im Anschluss wurde im Sinne eines Dialogs verschiedener gesellschaftlicher Interessen über die notwendigen Weichenstellungen einer modernen Umweltpolitik gesprochen. Dabei wurde neben der Bedeutung von Richtlinien zur nachhaltigen Ressourcenverwertung und Recycling vor allem auch die Notwendigkeit betont, Produkte bereits in ihrer Produktion nachhaltig zu gestalten. In diesem Sinne sei, da waren sich die Diskutierenden einig, die Kreislaufwirtschaft das zentrale Thema einer innovativen Umweltpolitik.



► oben: Andreas Kuhlmann, Professor Mario Schmidt

► rechts: Beate Kummer, Svenja Schulze, Gitta Egbers, Helmut Maurer

Ein weiterer Fokus der Diskussion lag auf dem Spannungsverhältnis zwischen politischer Zielsetzung, Gesetzen und Richtlinien. Deutlich wurde dabei vor allem von Seiten der Wirtschaft, dass die Umsetzung allgemeiner Zielvorstellungen in wirksame Gesetze und Richtlinien gewünscht ist, um einen Rahmen zu schaffen, in dem wirtschaftliches Handeln im Sinne umweltpolitischer Herausforderungen möglich sei. Die Aufmerksamkeit solle deshalb eher auf der Formulierung realistischer Zielvereinbarungen und entsprechender Gesetze und Richtlinien liegen. Solche Maßnahmen würden dafür sorgen, dass notwendige umweltpolitische Ziele eher den Weg in die wirtschaftliche und sozialverträgliche Umsetzung finden.

Ministerin Schulze griff das Beispiel der CO₂-Vorgaben für Autos auf. Die Richtlinie, dass 2030 Neuwagen um 30 Prozent weniger Kohlenstoffdioxid ausstoßen sollen als 2021, brauche staatliches Eingreifen. Die Automobilindustrie werde eine solche Richtlinie nicht alleine umsetzen, trotzdem gehe es bei der Einführung staatlicher Regulierungen im Bereich Umweltpolitik immer auch um eine soziale Abfederung. Wenn das Herstellen von Verbrennungsmotoren das Siebenfache an Arbeitsplätzen wie das von Elektromotoren bedürfe, sei die soziale Abfederung der Durchsetzung umweltpolitischer Ziele auf nationalstaatlicher Ebene ein wichtiger Faktor. Marktwirtschaftliche Anreize, wie zum Beispiel CO₂-Preise, seien dabei besonders hilfreich, um umweltpolitische Ziele durchzusetzen. Diese müssten jedoch je nach Industriezweig unterschiedlich gestaltet sein.

Eine Zusammenfassung der Diskussion gibt es als Kurzvideo unter: <https://www.youtube.com/watch?v=mP-nPng4kVM&feature=youtu.be>





Vor dem Träumen kommt das Bauen

Die Leistung der Berliner Flughäfen kommt in der öffentlichen Wahrnehmung oft zu kurz. Es wird fast nur über den unfertigen BER geredet. Dabei ist die Hauptstadtregion längst der drittgrößte Flughafenstandort in Deutschland. Im Jahr 2017 hatte allein Schönefeld mehr Passagiere als der Flughafen Köln/Bonn.

Managerkreis Berlin-Brandenburg

Die Hauptstadtregion hat allen Grund, selbstbewusst in die Zukunft zu schauen. Sie verfügt über den aufkommensstärksten Flughafen in Deutschland und könnte sich zu einem der wichtigsten ökonomischen Zentren Europas entwickeln. Aber bevor man von der Zukunft der Flughafenregion träumen kann, muss die „Hardware“ fertiggestellt und eine sehr schwierige Baugeschichte beendet werden. Der Sprecher der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH Engelbert Lütke Daldrup glaubt an die Eröffnung des BER im Oktober 2020.

In einem Hintergrundgespräch des Managerkreises Berlin-Brandenburg am 17. Juli erläuterte Lütke Daldrup, dass sich der BER nach seiner Eröffnung weiterentwickeln muss, um erfolgreich für die Region zu sein. Dafür ist der „Masterplan BER 2040“ Grundlage und Kompass. Der Masterplan sieht

einen Ausbau des Flughafens in Etappen bis ins Jahr 2040 vor. Mit diesem Konzept soll der Flugbetrieb in Berlin langfristig auch ohne Tegel gesichert werden. Die für 2040 prognostizierten Passagierzahlen liegen bei bis zu 58 Millionen pro Jahr. Um diese Anzahl an Fluggästen abfertigen zu können, ist ein zweites Terminalgebäude gegenüber dem bestehenden Terminal geplant. Auch der Ausbau der geplanten Airport-City mit Büros und Hotels soll vorangetrieben werden. Weitere Parkhäuser und ein Transportsystem zwischen den Terminals und der Airport-City sind vorgesehen.

Das Hauptterminal soll als erste Maßnahme zunächst um weitere Gepäckbänder ergänzt werden, damit die Abfertigungskapazität am BER von derzeit theoretisch 22 Millionen Fluggästen pro Jahr um weitere fünf Millionen erhöht werden kann. Der Masterplan sieht außerdem eine Verlänge-

rung von Pier Nord für die so genannten Billigflieger vor. Die Flugzeuge sollen so dicht am Pier parken, dass die Passagiere zu Fuß zu den Maschinen gehen können. Zeitraubende Fahrten mit Bussen könnten dadurch vermieden und die Abfertigung erheblich beschleunigt werden.

Darüber hinaus strebt der Masterplan Elemente wie zusätzliche Terminals auf der Straßenseite des Nordpiers und an der Ostseite des Willy-Brandt-Platzes an. Bis 2025 ist durch die Erweiterungsbauten eine Passagierabfertigungskapazität von bis zu 45 Millionen Fluggästen möglich. Selbstverständlich wird es in den Terminals auch Shops und Gastronomie für die Reisenden geben.

Mehr Details über den Masterplan 2040 für den BER sind regelmäßig in der Berliner Tagespresse zu finden. Informationen zum Baufortschritt gibt es auf www.berlin-airport.de.



- ▶ oben: Jürgen Niemann, Sprecher MK Berlin Brandenburg
- ▶ Mitte: Engelbert Lütke-Daldrup





Visionen für den Flughafen Köln-Bonn

Der Flughafen Köln-Bonn konnte im Jahr 2017 neue Verkehrsrekorde verzeichnen. Zum ersten Mal knackte der Airport die 12-Millionen-Grenze. Positiv entwickelte sich auch die Luftfracht. Hält das Wachstum an?

Auf der Suche nach einem „Unique Selling Point“

Am 3. September 2018 hatte der Managerkreis NRW zu einem Fachgespräch mit Athanasios Titonis, Geschäftsführer des Flughafen Köln-Bonn, eingeladen, um über die Zukunft des Airports zu sprechen. An der Veranstaltung nahmen auch Eurowings-Geschäftsführer Francesco Sciortino und Jan Heitmann, Manager Public Affairs bei UPS, teil. Athanasios Titonis betonte, dass der Flughafen Köln-Bonn in beiden großen Geschäftsfeldern gut aufgestellt ist: „Sowohl bei der Fracht als auch bei den Passagieren liegen wir im europäischen Vergleich unter den Top 10“. Vor allem habe der Flughafen in den letzten Jahren vom Expansionskurs der Low-Cost-Airlines profitiert.

Während Köln-Bonn vor 15 Jahren als erster großer deutscher Flughafen in das Low-Cost-Geschäft einstieg, sei dieses Alleinstellungsmerkmal mittlerweile verlorengegangen. So stehe man vor der Herausforderung, einen neuen „Unique Selling Point“ zu finden. Als eine Möglichkeit stellte Titonis die Idee

eines „Intermodal Transportation Hub“ vor: 12.600 Parkplätze sollen bereitgestellt werden und täglich etwa 150 Züge und Langstreckenbusse verkehren. „Der Flughafen Köln-Bonn ist ein Infrastrukturanbieter. Egal ob Bus, Flugzeug oder Bahn“, erklärte Titonis. Ein weiteres Modell könne ein „Low-Cost-Hub“ sein, bei dem vor allem die Intermodalität eine Chance darstelle. Voraussetzung hierfür seien jedoch kurze Umsteigezeiten von etwa 15 Minuten, welche zum aktuellen Zeitpunkt organisatorisch und logistisch noch nicht zu leisten seien.

Herausforderungen für und durch den Flugverkehr

Bei all dem Ideenreichtum verwies Titonis auf die Deutsche Bahn, welche mittlerweile die „härteste Mitbewerberin“ darstelle. So seien nicht nur die neuen Hochgeschwindigkeitszüge teilweise schneller als Flugzeuge, sondern auch die höhere Frequenz spiele bei der Wahl der Verkehrsmittel eine enorme Rolle. Dies seien „unglaubliche Herausforderungen für die Flughäfen, was aktuell nicht allen klar ist“, so Titonis. Neben dem Konkurrenzdruck durch den Schienenverkehr stehe die

Luftfahrt in vielerlei Hinsicht vor Herausforderungen, betonte Francesco Sciortino als Vertreter von Eurowings. In diesem Zusammenhang nannte er vor allem den enger werdenden europäischen Luftraum, zunehmende Wetterextreme, Streiks, Personalmangel und – häufig als Folge oder in Wechselwirkung der genannten Aspekte – erhebliche Verspätungen.

Im Gespräch mit den Mitgliedern des Managerkreises NRW kamen in diesem Zusammenhang ebenso Schnittmengen mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen auf. So wurde diskutiert, dass im Zusammenhang mit dem Wohnraumangel in den Städten Menschen immer näher an Flughäfen zögen und in der Folge Lärmschutzprobleme voraussichtlich zunehmen werden. Darüber hinaus wurden die verschlechterten Beschäftigungsbedingungen von Pilot_innen und Flugbegleiter_innen thematisiert, welche dazu führten, dass die Attraktivität der Berufsfelder insgesamt sinke. Diese Problematik räumte Francesco Sciortino ein und kritisierte selbst in diesem Kontext die Preisentwicklung von Flügen. Die Verantwortung suchte er bei aggressiv agierenden Billig-Airlines. Die Frage für andere Anbieter des liberalisierten Marktes sei: „Mitspielen oder nicht?“

Als weitere Herausforderung wurde der Klimawandel genannt, welcher auf der einen Seite für zunehmende Störungen in der Luftfahrt sorgt, auf der anderen Seite mit seinen enormen CO₂-Emissionen aber auch erheblich zur globalen Erderwärmung beiträgt. Mit Verweis darauf, dass die größte Sorge der Menschen der Klimawandel sei, fragte ein Mitglied des Managerkreises die anwesenden Expert_innen nach Strategien der Luftfahrt, um mit der Problematik umzugehen. Jan Heitmann erklärte an dieser Stelle, dass sich „die gesamte Branche durchaus Gedanken über das Thema“ mache, betonte allerdings, dass die Forschung im Bereich nachhaltiger Treibstoff erst in den Anfängen stehe.

Die Logistik der Zukunft

Einen weiteren Schwerpunkt des Hintergrundgesprächs bildete die Frage nach der Zukunft der Luftfahrt sowie des Flughafens Köln-Bonn. „Heute sind wir eine Airline, morgen Reiseanbieter mit angeschlossener Airline“, glaubt Sciortino, welcher einen Wandel der Branche prognostizierte, der den Kund_innen die Buchung von günstigen Reisen erleichtern werde. In Bezug auf den Frachtverkehr erklärte Heitmann, dass mit dem vorhergesagten Bevölkerungswachstum in der Region um den Standort Köln-Bonn auch der Bedarf an Infrastrukturen entsprechend steigen werde und verwies zudem auf sich ändernde Erwartungshaltungen: „Amazon liefert innerhalb weniger Stunden innerhalb einer Stadt. Die Frage ist: Wann erwarten Kunden dies über längere Strecken?“ Darüber hinaus stelle sich die Frage, in welche Richtung sich der Flughafen Köln-Bonn entwickeln könne. Neben den von Athanasios Titonis zu Beginn der Veranstaltung genannten Überlegungen betonte Heitmann, dass ein Forschungs- und Innovationsstandort, wie er in Deutschland bereits in Frankfurt und München existiere, oder ein Hightech-Produktionsstandort ebenfalls mögliche Visionen darstellen könnten.



► Athanasios Titonis





Chinas „Neue Seidenstraße“ und Hamburgs Chancen

Die Initiative „Neue Seidenstraße“ – auch „One belt – One road“ genannt – ist eines der wichtigsten Projekte der chinesischen Regierung. Gemeinsam mit Partnern baut die Volksrepublik China entlang der Handelsrouten eine neue Infrastruktur bis nach Europa. Es geht um Investitionen in Höhe von 900 Milliarden Dollar.

Wer profitiert davon?

Managerkreis Nordost

Für Hamburg, das eine bedeutende europäische Logistikdrehscheibe und im Handel mit China der führende Hafenplatz ist, geht es darum, bei der „Neuen Seidenstraße“ eine Schlüsselrolle einzunehmen. Der Hamburger Hafen will nicht nur im Seehandel führend sein, sondern auch seine Bedeutung als Knotenpunkt wichtiger Schienenwege ausbauen. Worin liegen die Chancen der massiven Investitionen und wo sind die Risiken? Darüber diskutierte der Managerkreis Nord-Ost auf einer Veranstaltung am 3. September 2018.

Ingo Egloff, Sprecher des Managerkreises Nord-Ost, begrüßte die Gäste in der Hamburger Zentrale von Hapag-Lloyd. Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, betonte in seinem Impulsreferat, wie wichtig China als Handelspartner für Deutschland und auch für Hamburg ist.

Beide Länder haben über Jahre ihre Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil ausgebaut. Die „Neue Seidenstraße“ sei in erster Linie ein ökonomisches Projekt, das von Chinas Politik vorangetrieben wird. Jedoch sollten die damit für Deutschland möglichen politischen Implikationen nicht vernachlässigt werden. Niels Annen wies auf die politische Machtkonzentration in China hin und würde eine größere Transparenz hinsichtlich der Herkunft der finanziellen Mittel begrüßen. Darüber hinaus sollte Deutschland auch darauf achten, dass die Europäische Union noch stärker in das Projekt einbezogen wird und als Einheit mit der chinesischen Führung zusammenarbeitet.

In der anschließenden Diskussion wies auch Margit Schüller vom GIGA Institut für Asien-Studien darauf hin, dass die Län-

der der EU nicht vorwiegend bilateral, sondern geschlossen in den Verhandlungen mit China auftreten sollten. Wichtig sei auch, dass die in der EU bestehenden Umwelt- und Arbeitsstandards bei dem Projekt beachtet werden. Konsul Tao Bailiang betonte in seinem Beitrag, dass die teilweise bestehende Skepsis gegenüber der „Neuen Seidenstraße“ in der chinesischen Politik und auch Öffentlichkeit nicht verstanden wird, denn schließlich sei verstärkter Handel für alle beteiligten Seiten von Vorteil.

Intensiv wurde in der weiteren Debatte der wirtschaftliche, aber auch politische Einfluss Chinas hervorgehoben, der gerade auf dem Balkan zu beobachten sei. Es wurde auch auf die Sorge einiger asiatischer Länder, wie zum Beispiel Malaysia und Vietnam, hingewiesen, die die Expansionsansprüche und den Einfluss Chinas in ökonomischer, aber auch politischer Art fürchten. Grundsätzlich wurde aber die chinesische Initiative „Neue Seidenstraße“ begrüßt, da sie zu einer Verstärkung des Handels beitrage.



► Niels Annen

► v.l.n.r. Bailiang, Annen, Ladurner, Schüller, Neumann



Den Gründergeist in NRW wecken

Nordrhein-Westfalen galt lange als Land der Großindustrie. Doch in Zeiten von Digitalisierung, Energiewende und Strukturwandel ist es ökonomisch zurückgefallen und braucht neue Perspektiven, um den Wirtschaftsstandort NRW zu erhalten und voranzubringen. Firmengründungen können hierbei eine wichtige Rolle spielen, um festgefahrene Strukturen aufzubrechen und neue, innovative Wege zu beschreiten.

Managerkreis Young Leaders

Ist NRW bereits ein Gründerland und wie sieht die Wirklichkeit des Gründens in NRW aus? Welche Chancen bestehen bereits für Gründer_innen und welchen Mehrwert erzeugen sie für das Land? Welche Herausforderungen müssen Gründer_innen in NRW meistern und wo muss die Politik Veränderungen vornehmen, um das Gründen zu forcieren? Um über dieses Fragen zu diskutieren, hatte der Managerkreis NRW mit dem neuen Format „Young Leaders“ am 5. September 2018 zu einer Diskussion in die neuen Räume der Handelsblatt Media Group in Düsseldorf eingeladen. Zu Gast waren die Politiker_innen Matthi Bolte-Richter, Christina Kampmann und Marco Schmitz, die Gründer_innen Barbara Busse und Arndt-Hendrik Zinn sowie der Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup. Die Moderation übernahm Managerkreis-Mitglied Christian Tribowski, Branchenanalyst beim Handelsblatt Research Institute. Das Geleitwort sprach Frank Dopheide, Sprecher der Geschäftsführung der Handelsblatt Media Group. Dopheide hat bereits selbst Gründungserfahrung

und hält Gründungen für substanziell. Denn Gründer_innen schaffen „workarounds“ und entwickeln neue Lösungen für bestehende Probleme. Damit halten sie eine Wirtschaft vital und dynamisch.

Gründungen sind nicht „Allheilmittel“

„Gründungen sind wichtig und müssen gemacht werden, aber dadurch werden die Herausforderungen des Landes nicht gelöst“, erklärte Bert Rürup, ehemaliger Vorsitzender der Wirtschaftsweisen und langjähriger Berater vieler Regierungen. Er illustrierte in seiner Keynote, dass NRW im deutschen Vergleich ökonomisch weit hinten liege und betonte, dass das Land vor allem ein Strukturproblem habe: „Man hat zwar immer Strukturwandel propagiert, aber man hat versucht, ihn zu verhindern.“ In diesem Zusammenhang verdeutlichte er, dass die künstliche Erhaltung von Zechen die Ansiedlung von neuer Industrie verhindert habe. Dies sei parteipolitisch zwar sinnvoll, allerdings schlecht für das Land



– insbesondere für das Ruhrgebiet – gewesen. Der gebürtige Essener unterstrich, es sei wichtig zu fragen, welche Ziele mit Gründungsaktivitäten verfolgt werden sollen. So warnte er davor, Gründungen als „Allheilmittel gegen einen verschleppten Strukturwandel“ zu sehen und plädierte für eine deutlich differenziertere Betrachtung des Themas.

Gründung ist nicht gleich Gründung

Rürup illustrierte, dass sich insbesondere im Rheinland und südlichen Ruhrgebiet hohe Gründungsaktivitäten beobachten ließen. Vor allem Südwestfalen zeichne sich durch ein starkes produzierendes Gewerbe aus, das im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen „die größten Überlebenschancen“ habe und daher Gründungen in diesem Bereich gute Erfolgchancen haben und viele Arbeitsplätze schaffen. Genau hier liege das Problem im Ruhrgebiet, wo die meisten Gründungen im Dienstleistungsbereich stattfänden. Dabei handele es sich aber oft um Notgründungen, die kaum neue Jobs schafften. Somit müsse dringend zwischen Notgründungen und Gründungen, die mit einer Geschäftsidee verbunden sind, differenziert werden.

NRW auf dem Weg zum Innovations- und Gründerland?

In der sich anschließenden Diskussion mit den geladenen Gästen wurde die aktuelle Situation im Gründerland NRW näher erörtert. Der CDU-Landtagsabgeordnete Marco Schmitz brachte das Gründerstipendium der NRW-Landesregierung sowie die aufgelegte Initiative „Rhein Valley“ zur Sprache,

welche darauf abziele, Start-ups zu fördern und „Stärken weiter zu stärken“. Hierbei konzentriere man sich schwerpunktmäßig auf die Region Rheinland. Diesen Ansatz hielt Christina Kampmann, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Digitalisierung und Innovation, für verfehlt und verwies auf die Digitalisierungs-Initiative des NRW-Wirtschaftsministeriums der letzten Legislaturperiode, bei welchem sie vor allem den Vernetzungsgedanken für überaus wichtig halte: „Hier sollten wir weiter machen.“

Bert Rürup unterstrich die Problematik, dass viele Gründungen auch dank staatlicher Unterstützung zwar zunächst gelingen würden, die meisten jedoch bereits im ersten Jahr scheiterten. „Was in Deutschland fehlt, sind Wachstumsgelder“, sagte Rürup und betonte, dass an dieser Stelle auch die Politik gefragt sei. Diese Forderung betrachtete Christina Kampmann mit Skepsis und sprach sich dagegen aus, eine nicht vorhandene Investitionskultur durch öffentliche Gelder zu ersetzen. Vielmehr brachte sie Co-Finanzierungen aus der Wirtschaft ins Spiel: „Dass man gezielt auf Unternehmen zugeht, kann und muss eine Aufgabe der Politik sein.“ Unternehmensgründerin Barbara Busse betonte überdies die Möglichkeit von Crowdfunding, welches eine wachsende Rolle einnehme. Oft sei es schwer, öffentliche Fördergelder zu beantragen, da die entscheidenden Stellen innovative Geschäftsmodelle nicht verstehen und eine andere Sprache sprechen. Gründer_innen müssten erst Behördendeutsch lernen, was die Dynamik hemmt.

► Busse, Kampmann, Zinn, Tribowski, Schmitz, Bolte-Richter



Den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verpassen

Als große Herausforderung für Gründungen in NRW kristallisierte sich im Laufe der Diskussion die digitale Infrastruktur heraus, welche insbesondere im ländlichen Raum erheblichen Nachholbedarf aufweise. Matthi Bolte-Richter von den NRW-Grünen mahnte, man müsse „es irgendwie hinbekommen, dass der Mittelstand nicht den Anschluss an das digitale Zeitalter verpasst“. Zwar würden bereits seit geraumer Zeit hohe Summen investiert, allerdings ohne dabei „in die Fläche“ zu gehen. Auch Schmitz räumte an dieser Stelle Versäumnisse der Politik ein. Er verwies auf das Ziel der Landesregierung, die Netze bis 2025 flächendeckend auszubauen, machte aber auch selbstkritisch deutlich, dass dieses Vorhaben durchaus ambitioniert sei.

Den Gründergeist wecken

Neben den äußeren Rahmenbedingungen sind individuelle Voraussetzungen ausschlaggebend für den Schritt zur Gründung. „Wenn ein Gründergeist in NRW nicht wirklich vorhanden ist, ist es schwierig, das politisch zu fördern“, so der Bochumer Unternehmensgründer Arndt-Hendrik Zinn. Christina Kampmann forderte zum einen mit Verweis auf wissenschaftliche Studien, bereits Schüler_innen mit der Thematik vertraut zu machen. Zum anderen sei es von besonderer Relevanz, Nicht-Akademiker_innen zu unterstützen sowie Menschen anzusprechen, die nicht auf finanzielle Ressourcen der Eltern zurückgreifen können. Aus dem Publikum kam die Anregung, mehr Teilzeitarbeit zu ermöglichen, damit Gründer_innen in den Anfängen nicht gezwungen würden, ein sicheres Arbeitsverhältnis aufzugeben. Diesen Gedanken auf-

greifend brachte der Moderator Christian Tribowski die Idee einer „Gründerzeit“ ins Spiel, welche garantiere, in den alten Job zurück zu können, falls die Gründung scheitert.

Die Reaktionen des Publikums auf die Frage in die Runde, ob NRW ein Gründerland sei, fielen sehr gemischt aus. „Der nächste Strukturwandel steht ja schon bevor und da können Gründungen durchaus eine Rolle spielen“, folgerte Zinn mit Blick auf die Digitalisierung und die Relevanz von Gründungen für Nordrhein-Westfalen. Somit ist es an der Zeit, dass Politik und Wirtschaft notwendige Rahmenbedingungen schaffen und verbessern, damit Gründer_innen ihr innovatives Potenzial erfolgreich in NRW einbringen können.

► Bert Rürup



Alles Gute für die Gesundheit!

Zum Thema Gesundheitsversorgung haben die meisten Menschen eine Meinung, vor allem dann, wenn sie in Anspruch genommen werden muss. Auch in der politischen Diskussion spiegelt sich die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aktuell wieder.

Was ist für eine Gesellschaft der wahre Wert von Gesundheit? Die digitale Transformation wird auch diesen Gesellschaftsbereich nachhaltig verändern: Das Bild der „Schwarzwaldklinik“ der Generation Professor Brinkmann wandelt sich sukzessive zum „GAFA-Hospital“ von Google, Apple, Facebook, Amazon und dem Supercomputer „Dr. Watson“. Was dies für konkrete Herausforderungen, aber auch Chancen bietet war Thema beim Wirtschaftsfrühstück für Frauen am 11. September 2018 in Berlin. Als Gast war Andrea Grebe

eingeladen. Sie leitet seit März 2014 als Vorsitzende der Geschäftsführung Deutschlands größtes kommunales Gesundheitsunternehmen, das Vivantes Netzwerk für Gesundheit. Zuvor verantwortete sie über acht Jahre als Geschäftsführerin Baden-Württembergs größten Klinikverbund. Nach ihrer klinischen Tätigkeit ist die gelernte Internistin und Gesundheitswissenschaftlerin seit 20 Jahren im Management von Gesundheitseinrichtungen tätig. 2017 wurde sie vom Thieme Verlag als Managerin des Jahres ausgezeichnet.

Mit 16.000 Mitarbeiter_innen, 500.000 Patient_innen jährlich und 1,2 Milliarden Euro Umsatzvolumen pro Jahr ist die in Berlin ansässige Vivantes GmbH neben der Charité ein sehr bedeutendes kommunales Unternehmen. Vivantes fokussiert sich auf integrative Versorgungssysteme, welche die Bereiche ambulante und stationäre Krankenversorgung, stationäre Pflege, Rehabilitationsmaßnahmen und ein Hospiz umfasst. Die Zukunftsfähigkeit dieses integrativen Ansatzes ist von großer Bedeutung, gerade weil der Vivantes GmbH das Qualitätsmanagement sehr wichtig ist, allerdings auch essentielle Sorgen der Krankenhäuser beachtet werden müssen. Zukünftig wird das Thema Pflege eine wichtige Rolle einnehmen, sodass dieser Bereich des kommunalen Unternehmens sukzessive ausgebaut werden soll.

Die Vivantis-Chefin griff die Vision des regierenden Bürgermeisters von Berlin Michael Müller auf, der die Hauptstadt zum führenden Gesundheitsstandort Europas weiterentwickeln möchte. „Neben vielen Chancen haben wir auch einige

Herausforderungen zu bewerkstelligen“, so Grebe. Wichtig sei es, die (außer-)universitären Forschungseinrichtungen zu fördern. Sie begrüßte die geplante Errichtung einer Akademie für Gesundheitsberufe mit Campus-Charakter als einen bedeutsamen Schritt in Richtung Top-Gesundheitsstandort. Studierende und Auszubildende sollen hier in Zukunft in Wohnheimen leben und in so genannten „Skills-Labs“ gezielt die praktischen Fähigkeiten und Szenarien trainieren.

Zukünftig wird bei Vivantes das Thema Digitalisierung eine große Rolle spielen. Das Unternehmen möchte hier Wegbereiter sein, erläuterte Andrea Grebe. Mit dem digitalen Gesundheitsnetz werde die Rolle der Patient_innen gestärkt. Sie erhalten einen besseren Einblick in ihre Gesundheitsdaten und werden besser in die Lage versetzt, über Behandlungsoptionen mitzuzentscheiden. Wichtig sei es, Datensicherheit und Datenschutz einer „digitalen Versichertenakte“ schnellstmöglich technisch zu lösen.

Jung, weiblich und brandenburgisch

Am 17. Juli 2018 wurde auf der Mitgliederversammlung des Managerkreises Berlin-Brandenburg ein neuer Vorstand für die Regionalgruppe gewählt.

Managerkreis Berlin-Brandenburg

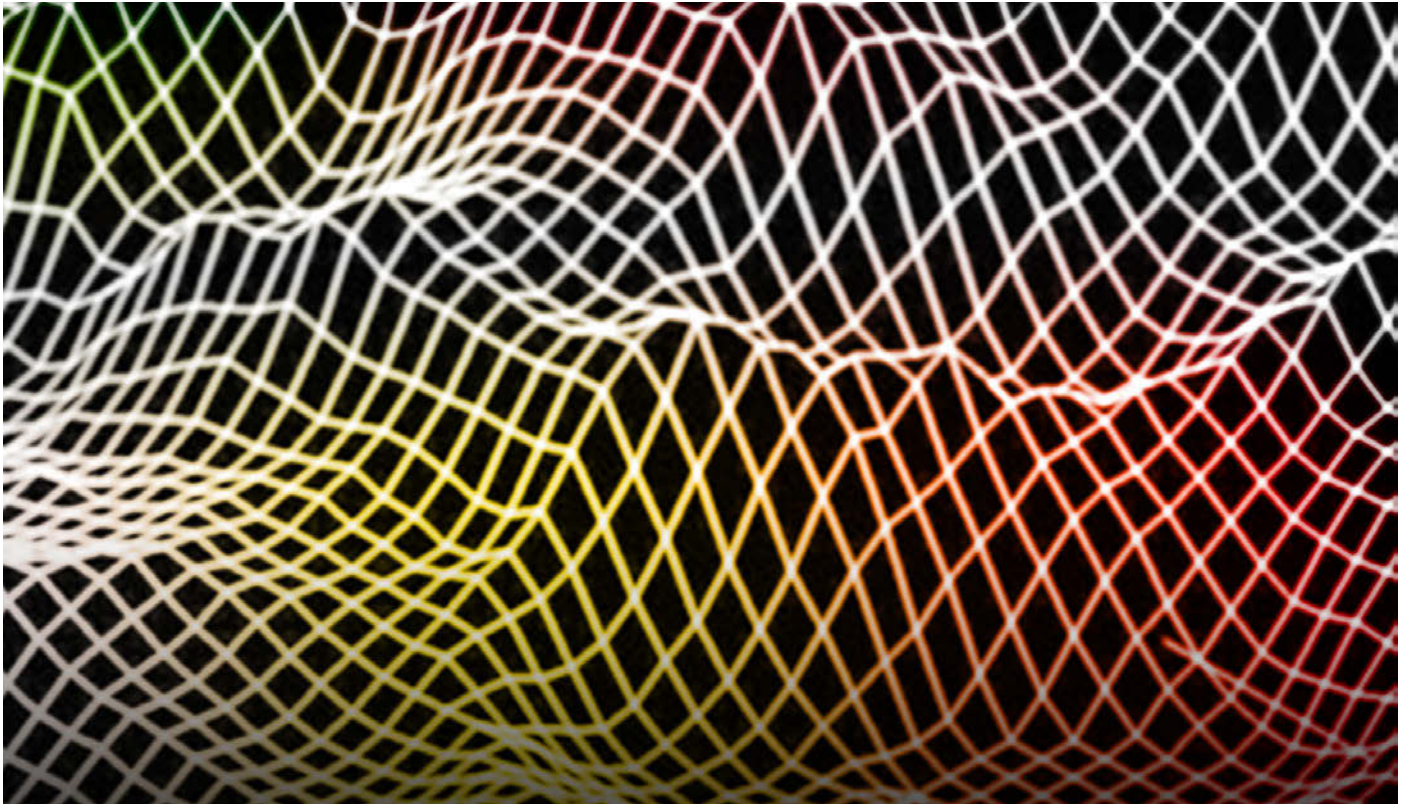
Neuer Sprecher wurde der Unternehmensberater Jürgen Niemann. Niemann hat zwanzig Jahre bei der Deutschen Bahn im Bereich Personal gearbeitet und ist seit kurzem Geschäftsführer der betterHR GmbH, einer digitalen Personalberatung.

Außerdem in den Vorstand gewählt wurde Eva Flecken. Sie leitet seit Mai 2014 das Hauptstadtbüro des Pay-TV-Anbieters Sky. Zuvor verantwortete sie in der Medienanstalt Berlin-Brandenburg die Bereiche Digitale Projekte, Netz- und Medienpolitik. Flecken möchte sich insbesondere um die Formate Frauen Business Breakfast und Managerkreis Young Leaders kümmern. Die zweite Frau im Vorstand ist Katharina Junge, Leiterin Kommunikation Personenbahnhöfe bei der Deutschen Bahn. Ihre Themenfelder sind Wirtschaft, Sozialdemokratie und Frauen. Ebenfalls gewählt wurde Katrin Eberhardt, kaufmännische Geschäftsführerin der Klinik Ernst

von Bergmann in Bad Belzig. Sie fokussiert sich auf das Thema Gesundheitswirtschaft und steht als Brandenburgerin für die Vernetzung der beiden Bundesländer.

Die beiden Männer Benjamin Wüstenhagen, Mitgründer von k.lab educmedia sowie Geschäftsführer der Cornelsen academy und Alexander Lengstorff Wendelken, Geschäftsführer der Transport und Speditionsgesellschaft Schwarze Pumpe, komplettieren das Vorstandsteam. Ihre Themen sind Innovation, Strukturwandel und Nachhaltigkeit.

Jürgen Niemann dankte der bisherigen Sprecherin Annette Fugmann-Heesing für die langjährige gute Arbeit. Annette Fugmann-Heesing freute sich, dass der neu gewählte Vorstand jünger, weiblicher und brandenburgischer ist. Damit sei das Vorstandsteam personell und thematisch gut für die Zukunft aufgestellt.



Digitales Musterland

Rheinland-Pfalz treibt die Digitalisierung voran und ist mit vielen Projekten ein Vorbild im Bund. Für Ministerpräsidentin Malu Dreyer steht der Ausbau der digitalen Infrastruktur ganz oben auf der Agenda.

Managerkreis Rhein-Main

Der Managerkreis Rhein-Main lud am 16. August 2018 zum Frauen Business Lunch mit Malu Dreyer in Frankfurt am Main ein, um über dieses Zukunftsthema ausführlich zu sprechen. Die Ministerpräsidentin betonte, dass schon heute die Veränderungen durch die Digitalisierung sowohl in der Arbeitswelt als auch im Privatleben allgegenwärtig sind. Digitalisierung verspricht mehr Flexibilität und bietet neue Chancen, das Leben zu organisieren.

Wichtige Impulse gibt die Digitalisierung bei der wirtschaftlichen Entwicklung und bietet Möglichkeiten, kleinere und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler_innen im ländlichen Raum an den Puls des Lebens heranzuführen. Es gibt bereits unzählige Beispiele von erfolgreichen Unternehmen in ländlichen Regionen, die sich mit Hilfe der Digitalisierung optimal auf dem Wirtschaftsmarkt etabliert haben. Um mehr solche Erfolgsgeschichten zu garantieren, muss

vor allem in die digitale Infrastruktur in ganz Deutschland investiert werden. Auch junge Menschen bzw. Unternehmen müssen in diese Entwicklung des Ausbaus von Infrastruktur und digitalen Systemen eingebunden werden, um die notwendigen Prozesse zu beschleunigen.

Ein wichtiger Schritt muss die Digitalisierung der Verwaltung sein, die vielerorts noch nahezu analog arbeitet. Die Themen „Digitale Akte“ und Bürgerportale mit einem vielfältigen Serviceangebot für alle Bürger_innen könnten mittelfristig realisiert werden, so Malu Dreyer. Ein besonderes Anliegen der Teilnehmerinnen der Veranstaltung war der Schutz der Daten. Nur mit einer hohen Datensicherheit und Transparenz, was mit den Daten geschieht, kann Digitalisierung auch zukunftsträchtig sein.

Terminvorschau

► **05.11.2018** Magdeburg

Podiumsdiskussion

Strafzölle und Sanktionen. Wirksame Mittel demokratischer Diplomatie?

mit Armin Willingmann, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt

► **06.11.2018** München

Wahlanalyse und Diskussion

Bayern hat gewählt – Ergebnisse und Hintergründe

mit Yvonne Schroth, Forschungsgruppe Wahlen

► **14.11.2018** Stuttgart

Europäische Bankenregulierung

Hintergrundgespräch * mit Peter Simon MdEP

► **15.11.2018** Lemförde

Werksbesichtigung und Fachgespräch

mit Christiane Sajdak, Managing Direktor der BASF Polyurethanes GmbH

► **20.11.2018** Frankfurt

Podiumsdiskussion

Zusammenarbeit Rhein-Main-Region

mit Mike Josef, Dezernent für Planen und Wohnen der Stadt Frankfurt; Felix Schwenke, Oberbürgermeister der Stadt Offenbach

► **27.11.2018** Bremerhaven

Podiumsdiskussion

Technologietransfer in der Lebensmittelwirtschaft – neue Impulse für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven

Mit Klaus Becké, Rechtsanwalt; Holger Bornemann, Prognos; Gerd-Rüdiger Kück, Staatsrat im Wissenschaftsressort; Arne Döscher, Frosta; Matthias Kück, Biozoon; Frederike Reimhold Hochschule Bremerhaven; Martin Schürig, TTZ; Nils Schnorrenberger, Wirtschaftsförderung Bremerhaven

► **04.12.2018** Braunschweig

Herausforderungen und Chancen einer progressiven Stadtpolitik am Beispiel Braunschweigs

Hintergrundgespräch * mit Oberbürgermeister Ulrich Markurth

Weitere Termine in Vorbereitung

www.managerkreis.de

Stand: Oktober 2018

Diese Aufstellung enthält Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen.

Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig persönliche Einladungen per E-Mail versandt.

Wenn sich Ihre Kontaktdaten ändern, informieren Sie uns bitte: managerkreis@fes.de

* Zu den **Hintergrundgesprächen** werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.